

Abhören, Beobachten, Verwanzen und Markieren

Die Abteilung 26 des MfS¹

Angela Schmole

Am Nachmittag des 1. April 1983 kamen zwei Offiziere von der MfS-Hauptabteilung VIII, zuständig für Observations- und Ermittlungsarbeit, mit drei weiteren MfS-Leuten aus der Abteilung 26 in der Ost-Berliner Oderberger Straße zum „operativen Einsatz“, um eine Privatwohnung für Abhörmaßnahmen zu präparieren. Nach dem Einsatz erstatteten Unterleutnant Ehring und Leutnant Behrendt ihrem Vorgesetzten in der Ermittlungsabteilung folgenden Vorkommnis-Bericht: „In der Zeit von ca. 16.45-17.00 Uhr wurden die Unterzeichner von dem Gen. Berthelmann (Abt. 26) in die Handhabung der operativen Technik eingewiesen. In der Zwischenzeit sahen sich die beiden anderen Genossen der Abt. 26 in der Wohnung um, und unterhielten sich, daß sie dies und jenes von den in der Wohnung vorhandenen Gegenständen gebrauchen könnten. Es konnte eindeutig von uns festgestellt werden, daß ein Telespiel, ein Kunstgewerblicher Jahreskalender, Schaltkreise und vermutlich eine Personenwaage und ein Kassettentonbandgerät von diesen Genossen mitgenommen wurden.“² In diesem Fall blieb das „Vorkommnis“ ohne Konsequenzen – die MfS-Mitarbeiter von der Abhörabteilung versprachen, den „begangenen Fehler“ wieder gutzumachen.³

Bei „Horch und Guck“ der DDR fiel der Abteilung 26 des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) die Aufgabe „Horch“ am Telefon zu. In der Regel ist deswegen von Telefonüberwachung⁴ die Rede, wenn es um diese Abteilung der DDR-Geheimpolizei geht. Gleichwohl gehörten zu den Aufgabengebieten dieser Diensteinheit neben der Telefon- und Telexkontrolle auch die akustische und visuelle Überwachung von Privat- oder Diensträumen, die Abwehr von Abhörangriffen feindlicher Dienste auf Räume des MfS sowie der „Einsatz von speziellen sicherungstechnischen Einrichtungen und chemischen Markierungsmitteln“.⁵ Es ging dabei vor allem um die Sammlung authentischer „Informationen“, die im Rahmen „operativer Vorgänge“ (OV), „operativer Personenkontrollen“ (OPK) und anderer geheimpolizeilicher Ausforschungsmaßnahmen für das MfS von Belang waren. Hierbei waren alle angeblichen „Aktivitäten im Sinne politischer Untergrundtätigkeit“ von Interesse, wozu das MfS den Verdacht eines „ungesetzlichen Grenzübertritts“, Spionagetätigkeiten und beabsichtigte Übersiedlungen in die Bundesrepublik zählte.

Vier Abteilungsleiter prägten die Entwicklung der Abhöreinheit des MfS: Oberstleutnant Adolf Viehmann von 1951 bis 1960, Generalmajor Günter Schmidt von 1960 bis

1 Dieser Text basiert auf meinen Untersuchungen zur Entwicklungsgeschichte der Abteilung 26 des MfS im Rahmen des Handbuchprojekts der BIRTHLER-Behörde. Das im Druck befindliche Manuskript „Die Abteilung 26“ wird Mitte des Jahres 2006 bei der BStU erscheinen.

2 Unterleutnant Ehring (MfS, HA VIII): „Bericht zum Vorkommnis in einem Stützpunkt in 1058 Berlin, Oderberger Str. 31“ vom 4.4.1983, BStU, MfS Abt. 26, Nr. 405, Bl. 65.

3 Hauptmann Joachim Berthelmann (Abt. 26): „Stellungnahme zu meiner Handlungsweise im Kontrollstützpunkt der HA VIII“ vom 5.4.1983, ebd., Bl. 63 f.

4 Die erste Arbeit dazu erschien von Karl Wilhelm Fricke: Die Staatssicherheit. Entwicklung, Strukturen, Aktionsfelder. Köln 1982.

5 MfS-Dienstanzweisung Nr. 1/84 über die Aufgaben der „Linie 26“ vom 2.1.1984, BStU, MfS-BdL/Dok. 7745.

1963, Oberst Gerhard Böhme von 1963 bis 1980 und Generalmajor Olaf Leben von 1980 bis 1990. Ende 1989 beschäftigte die Abteilung 26 mehr als vierhundert hauptamtliche MfS-Mitarbeiter in der Berliner Zentrale und rund sechshundert weitere in den Bezirken. Die Mehrzahl von ihnen waren ausgebildete Nachrichtentechniker, Elektronikfacharbeiter und Fernmeldemechaniker. Ein Großteil hatte Zusatzqualifizierungen in den Fachrichtungen Mikroelektronik, Rechentechnik, Starkstromtechnik, Antennenmontage, Schweißarbeiten oder Bauprojektierung absolviert. Das Durchschnittsalter der MfS-Mitarbeiter lag Ende 1989 bei 39 Jahren. Etwa sechzehn Prozent verfügten über einen Hochschulabschluß – damit lag die Abteilung 26 unter dem MfS-Durchschnitt von 27 Prozent. Frauen arbeiteten vorwiegend in den Fremdsprachenreferaten. Hier übersetzten MfS-Mitarbeiterinnen abgehörte Telefongespräche ausländischer Diplomaten und Journalisten. In der Leitungsebene blieben Frauen stark unterrepräsentiert. Die Einzige, die in der Abteilung 26 eine Spitzenposition erreichte, war Oberstleutnant Gertraud Prill.⁶ Als Chefin einer Auswertungsabteilung war sie in den siebziger Jahren für die Überwachung der Telefonanschlüsse von Dissidenten und Bürgerrechtlern verantwortlich. Aus ihrem Verantwortungsbereich trugen Mitarbeiter belastendes Material für eine „Vielzahl von operativen Vorgängen“ des MfS zusammen, um das „ungesetzliche Verlassen der Republik“ zu verhindern.⁷ Die genaue Zahl der Inoffiziellen Mitarbeiter im Fernmeldewesen der Deutschen Post ist nicht bekannt. Experten von der Bundespost Telekom, die nach Mauerfall die Abteilung 26 auflösten, gehen von über eintausend aus.⁸ Die Abteilung 26 des MfS verpflichtete Angestellte der Deutschen Post vornehmlich, um Telefonleitungen anzuzapfen, zur Spionageabwehr unter den Postbeschäftigten sowie zur „Erarbeitung operativ bedeutsamer Informationen“ zu den Dienststellen der Deutschen Post.⁹ Daneben bespitzelten die IM unter den Postangestellten ihre Kollegen und lieferten alle ihnen bekannten Informationen über technische und organisatorische Abläufe ihres Bereichs.

Der Aufbau einer eigenen Abhörabteilung des Staatssicherheitsdienstes erfolgte in den fünfziger Jahren. Ein knappes Jahr nach der Gründung des MfS griff man auf die Erfahrungen der sowjetischen Geheimpolizei zurück und begann, ein Referat zur Telefonüberwachung mit annähernd zwanzig Mitarbeitern zu bilden. Dieses Referat wurde von Major Viehmann geleitet und war seinerzeit dem Bereich Technische Sicherheit (Hauptabteilung S) des MfS zugeordnet, der für die Auskundschaftung aller Verbindungswege der DDR per „Fernsprech- und Telegraphieeinrichtungen für Funk, Licht oder Draht, systematische Tinten und Papiere“ verantwortlich war.¹⁰ Die HA S verfügte im MfS-Sperrgebiet Hohenschönhausen über zwei Stützpunkte, in denen Telefonge-

6 OSL a.D. Gertraud Prill (1919-1983), von Beruf Stenotypistin, ledig, keine Kinder, SED, 1938-1942 Stenotypistin bei der Kohle AG in Magdeburg, DAF, 1945 Verkäuferin, 1948 VEB Fahlberg-List Magdeburg, 1955 MfS, BV Magdeburg, Auswerterin, 1962 Abteilung 26, Leiterin der Arbeitsgruppe Kontrolle und Auswertung, 1977 Leiterin der Abteilung 26/7, Oberstleutnant, 1979 Rentnerin; Kaderakte: BStU, MfS KS II 63/79.

7 OSL Rudolph Weis (MfS, Abt. 26, stellv. Abteilungsleiter): Vorschlag zur Auszeichnung mit der „Verdienstmedaille der DDR“ vom 30.9.1974, BStU, MfS KS II 63/79, Bl. 91 f.

8 Zwischen 1990 und 1993 hatte die Bundespost Telekom eine Expertengruppe, die KASBA (Kontrolle der Abhör-, Schaltungs- und Bereinigungs-Aktion) eingesetzt, um die Abteilung 26 in der Berliner MfS-Zentrale und in den Bezirken aufzulösen.

9 Generalmajor Olaf Leben (MfS, Abt. 26, Leiter): Jahresarbeitsplan der Abteilung 26 vom 16.1.1986, BStU, MfS Abt. 26, Nr. 446, Bl. 29-63.

10 Generalleutnant Erich Mielke (SfS, stellv. Staatssekretär): Anordnung über den Verwaltungsweg von Nachrichtenübermittlungen an den Leiter der Hauptabteilung S vom 19.12.1953, BStU, MfS-BdL/Dok. 2298.

sprache abgehört wurden und spätere Strafgefangene „diverse Geheimdienstutensilien“ herstellen mußten.¹¹ Die DDR-Geheimpolizei unterschied zwei Arten von Abhörmaßnahmen: den A-Auftrag und den B-Auftrag.¹² Die angezapften Leitungen wurden im 24-Stunden-Betrieb kontrolliert. Im Mittelpunkt stand dabei die Überwachung der „Nachrichtenleitungen und Nachrichtenkabel im Bereich der Staatsgrenze“.¹³ Dieses Verfahren nutzte der Staatssicherheitsdienst hauptsächlich zur Überwachung „feindlicher Stellen“, wie etwa der Ostbüros von SPD und CDU sowie von Kirchen und Religionsgemeinschaften oder „feindlicher“ Sender wie RIAS und NWDR. Auf den Volksaufstand von 1953 reagierte das MfS mit der Bildung gesonderter Abhörreferate in den Bezirken der DDR. Diese sollten das regionale Kommunikationsnetz in die Überwachung des grenzüberschreitenden Fernsprechverkehrs einbinden. Das Politbüro der SED hatte den Auftrag erteilt, die „Hintermänner“ des „faschistischen Putsches“ zu finden. Als im Zuge des Ost-West-Konflikts Berlin zum zentralen Brennpunkt der Auseinandersetzungen wurde, galt es für das MfS, so viele Informationen wie möglich über West-Berlin zu sammeln. Feindliche militärische und zivile Organisationen sollten erkannt und zugleich dem Gegner Einblicke in die DDR verwehrt werden.¹⁴ Um der gewachsenen Auftragsflut gerecht zu werden, erhielt das Abhörreferat mehr Personal und ein verändertes Profil. Die Technische Sicherheit (HA S) des MfS wurde im Herbst 1955 aufgelöst und aus den drei Referaten – Telefonüberwachung, Funkwesen und operative Technik – drei selbständige Abteilungen gebildet. In der Berliner Zentrale entstand die eigenverantwortliche Abhörabteilung, die Abteilung O; in den Bezirken wurden entsprechende Abhör-Referate O gebildet.¹⁵

Als der sowjetische Parteichef Nikita Chruschtschow 1956 mit einer Unterbrechung der erdgebundenen Kommunikationsverbindungen zwischen West-Berlin und dem Bundesgebiet drohte,¹⁶ erhielten die Abteilung O und die angeschlossenen Referate O des MfS in den Bezirken kurz nach ihrer Bildung ihren ersten umfänglichen Auftrag, der unter der Bezeichnung „Kabeltrennaktion 1956“ anließ und sich über mehr als ein Jahrzehnt erstreckte.¹⁷ Die Abhöreinheiten sollten DDR-weit ungenutzte „grenzüberschreitende und grenznahe Fernsprechkabel“ ausfindig machen, um angeblich eine „mißbräuchliche Nutzung des Kabels durch den Gegner zu vermeiden“, und diese gegebenenfalls durchtrennen. Die MfS-Mitarbeiter ermittelten in koordinierten Aktionen mit den Bezirksdirektionen des Post- und Fernmeldewesens genutzte und ungenutzte

11 Erler, Peter: Ein Geheimdienst richtet sich ein. Zur Baugeschichte, Strukturentwicklung und Sicherung des MfS-Sperrgebietes in Berlin-Hohenschönhausen. In: ZdF Nr. 14/2003, S. 93-109.

12 Generalleutnant Erich Mielke: MfS-Richtlinie „über die Auftragserteilung und Auftragsabwicklung der Aufträge mit der Hauptabteilung S für A- und B-Aufträge“ vom 8.2.1954, BStU, MfS-BdL/Dok. 2491.

13 BV Berlin: Einschätzung zur Lage in Berlin im „Auskunftsbericht: Nachrichtenleitungen und Nachrichtenkabel im Bereich der Staatsgrenze der Hauptstadt der DDR“ vom 9.12.1966, BStU, MfS Abt. 26, Nr. 193, Bl. 1-21.

14 Mehr zu diesem Thema in: Krieger, Wolfgang/Weber, Jürgen (Hrsg.): Spionage für den Frieden? Nachrichtendienste in Deutschland während des Kalten Krieges. München 1997.

15 Oberst Erich Wichert (HA Kader und Schulung, Leiter): MfS-Anweisung zur Auflösung der Hauptabteilung S und Bildung der Abteilung F (Funk), Abteilung K (operative Technik) und Abteilung O (Telefonkontrolle) vom 17.10.1955, BStU, MfS-BdL/Dok. 3801.

16 Alisch, Steffen: „Die Insel sollte sich das Meer nicht zum Feind machen!“ Die Berlin-Politik der SED zwischen Bau und Fall der Mauer. Stamsried 2004.

17 Major Adolf Viehmann (MfS, Abt. O, Leiter): Berichte aus den Abteilungen O der BV Erfurt, Magdeburg, Potsdam und Suhl zu den „Kabeltrennaktionen 1956“, BStU, MfS Abt. 26, Nr. 192, Bl. 8-54.

Telefonkabel, erfaßten diese in einer Statistik und werteten sie anschließend aus. In den MfS-Hinterlassenschaften sind Fragmente dieser Tätigkeit überliefert. In einer Bilanz stellten die Verantwortlichen 1966 fest, daß es der Abhörabteilung gelungen sei, eine detaillierte Übersicht zu den „Nachrichtenleitungen und Nachrichtenkabeln im Bereich der Staatsgrenze“¹⁸ zu erarbeiten. Die zahlreichen neuen Nachrichtenleitungen, die die Deutsche Post seit 1950 für die Volkseigenen Betriebe, für die Volkspolizei und für die NVA verlegt hatte, waren in diese Übersicht eingeflossen. Die Beschaltungskarteien¹⁹ zu diesen Leitungen wurden bei der Deutschen Post geführt und waren bei der Abteilung 26 des MfS zugleich als Duplikat hinterlegt und mit Hilfe der inoffiziellen Mitarbeiter aus dem Fernmeldebereich stetig aktualisiert worden. Die „gute Arbeit“ der Abhörabteilungen versetzte das MfS in die Lage, jeden einzelnen Teilnehmer ausfindig machen zu können.

Im Jahre 1960 mußte der langjährige Leiter der Abteilung O, Major Viehmann, seinen Posten räumen. Wegen unerlaubter Liebesbeziehung zu einer ihm unterstellten Mitarbeiterin war er als Abteilungsleiter nicht mehr tragbar. Seine letzte Amtshandlung war die Namensänderung der Abteilung O in Abteilung 26 – ab 1972 galt die Dienststellenkennzeichnung auch für alle übrigen Abhörabteilungen in den Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen des MfS und den wenigen Objektdienststellen.²⁰ Die Berliner Bezirksverwaltung bildete eine Ausnahme. In Ost-Berlin übernahm die Zentrale des Ministeriums die Aufgaben dieser Diensteinheit. Die Aufzeichnung mitgehörter Telefongespräche war in den sechziger Jahren eine akribische Schreibearbeit. Per Kopfhörer schalteten sich die Auswerter in den drahtgebunden Telefonverkehr ein und zeichneten Gespräche handschriftlich auf. Zudem fertigten sie Informationsberichte über mitgehörte Telefongespräche ab. Auf Bändern gespeicherte Telefonate mußten mehrmals angehört und immer wieder zurückgespult werden, um „wertvolle politisch-operative Informationen“ von allgemeinem Geplauder über „familiäre Probleme von Verwandten und Bekannten“²¹ zu unterscheiden.

Durch die Mauer abgeschottet, machte sich in den sechziger Jahren ein zunehmender Mangel an technischen Geräten bemerkbar. Die Abteilung 26 versuchte die Ausstattungsdefizite durch eigene Entwicklungen zu überwinden und nahm dafür auch den besser ausgestatteten Operativ-Technischen Sektor (OTS) des MfS in die Pflicht. Eine Forschungsgruppe „Neuerer“ wurde gebildet, in der Mitarbeiter der beiden MfS-Diensteinheiten an der Erforschung und der Kleinserienfertigung vereinzelter Geräte und Anlagen arbeiteten. Mitte der sechziger Jahre konnten die „Neuerer“ der Abteilung 26 erste Forschungsergebnisse vorlegen. Die MfS-Mitarbeiter testeten diverse

18 BV Berlin: Bericht über „Nachrichtenleitungen und Nachrichtenkabel im Bereich der Staatsgrenze der Hauptstadt der DDR“ vom 9.12.1966, BStU, MfS Abt. 26, Nr. 193, Bl. 1-21.

19 Die Beschaltungskarteien waren in Form von Karteikarten katalogisiert worden. Zu den darauf eingetragenen Notizen gehörten ausführliche Erläuterungen zu den jeweiligen Kabelstrecken und den Telefonnetzen, detaillierte Lagebeschreibungen und Standortskizzen bis hin zu einer unüberschaubaren Zahl von Ziffern und Zahlenfolgen. Zu deren Erklärung hatte die Abteilung 26 ein identisches Schema mit Angaben zur Kabelbezeichnung, Adernzahl, Bispulung, Wellenwiderstand, Grenzfrequenz, usw. erstellt.

20 Generalleutnant Bruno Beater (MfS, stellv. Minister): MfS-Befehl Nr. 33/72 vom 3.8.1972, BStU, MfS-BdL/Dok. 1491.

21 Hauptmann Heinz Lang (Abt. 26/6/2, Referatsleiter): „Die Bedeutung der Ermittlungstätigkeit im Prozeß der Aufbereitung erarbeiteter Informationen zu den politisch-operativen Schwerpunkten des MfS entsprechend des Aufgabengebietes der Abteilung 26/6“, Fachschulabschlußarbeit vom 5.3.1982, BStU, MfS Abt. 26, Nr. 586, 49 Blatt, hier: Bl. 7.

Geräte, mit denen es den Auswertern möglich war, Gespräche auf Kassettenrekordern automatisch mitzuschneiden. Statt der manuellen Steuerung der Rekorder kamen nun Magnettonbänder zum Einsatz, die, an einen Fernsprechapparat gekoppelt, sich beim Abheben des Hörers automatisch einschalteten. Erfolgte die Aufzeichnung der Telefongespräche nicht in den MfS-Stützpunkten, sondern in den Räumen der Deutschen Post, übernahmen Techniker des Fernmeldewesens die „technische Kontrolle“ der Anlagen.²² Verwendet wurden Aufnahmegeräte aus dem gesamten europäischen Wirtschaftsraum. Die eingesetzten Geräte aus dem Westen stellten das MfS gleichwohl vor große Schwierigkeiten bei der Instandhaltung und Ersatzteilversorgung. Zahlreiche Neuerervorschläge von MfS-Mitarbeitern belegen das Dilemma. Um das knappe Bandmaterial wiederverwenden zu können, wurden die Gesprächsmitschnitte nachträglich transkribiert. Erste Datenverarbeitungsprogramme gingen 1969 in die Testphase. Der Fernmeldeverkehr sollte künftig systematisch nach geheimdienstlich relevantem Material durchsiebt werden.²³ Mit Abhörmaßnahmen sollten seit dem Mauerbau auch Fluchtabsichten frühzeitig erkannt werden. Die technische Entwicklung schlug sich beim MfS ständig auch im Einsatz neuer Geräte nieder. Neben der Telefonüberwachung (Auftrag A) wurde der Einsatz von akustischen Abhörgeräten (Auftrag B) und von Geheimkameras zur Raumüberwachung (Auftrag D) ausgeweitet sowie die Raumsicherung und Spionageabwehr (Auftrag X) festgelegt.²⁴

An einem einzigen Tag im Oktober des Jahres 1978 hörte eine Auswertungsabteilung (Abteilung 26/6)²⁵ vierzehn Fernsprechleitungen zwischen West-Berlin und Ost-Berlin ab und zeichnete 783 Gespräche auf, aus denen sie „33 operativ-bedeutsame Informationen sowie 92 Stimmungsberichte und Meinungen“ herausarbeitete. Dabei deckte sie eine geplante „Republikflucht“, vier „rechtswidrige Antragstellungen“ von DDR-Bürgern zur Übersiedlung nach West-Berlin und acht „operativ interessante Kontaktaufnahmen“ auf. In einem weiteren Fall kam „eine Verbindungsaufnahme zu einem DDR-Bürger“ zutage, „dessen Eltern keinen Kontakt ins nichtsozialistische Ausland unterhalten“ durften. Am Ende des „Arbeitseinsatzes“ erstellten die Auswerter 189 transkribierte Mitschriften abgehörter Telefongespräche (Auftrag A) und 13 zusammenfassende Informationsberichte aus akustischen Abhörmaßnahmen (Auftrag B).²⁶

Mit dem begrenzten Ausbau des Fernsprechverkehrs nach Abschluß des Grundlagenvetrages stieg die Zahl der Abhöraufträge. Die internationale Anerkennung der DDR und die Errichtung zahlreicher diplomatischer Vertretungen in Ost-Berlin erweiterten das Aufgabenfeld der Abteilung 26 zusätzlich. Für die Abteilung 26 brachte die Entspannungspolitik ständig mehr Arbeit. Im Mai 1974 nahm die Ständige Vertretung der DDR in Bonn ihre Arbeit auf. Als das MfS vermeintlich „neue“ westliche Spionagetechniken entdeckte, nahm die Abteilung 26 dies zum Anlaß, Gegenmaßnahmen zur

22 Abteilung 26: Bericht zu den „Unterlagen über Basa- und Wasa-Verbindungen“ vom 15.9.1966, BStU, MfS Abt. 26, Nr. 194, Bl. 3-16.

23 Generaloberst Erich Mielke: MfS-Befehl Nr. 21/69 zum „Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung“ vom 25.6.1969, BStU, MfS Abt. 26, Nr. 286, Bl. 3-6.

24 Generaloberst Erich Mielke: MfS-Dienstanweisung Nr. 10/62 zu den Aufgaben der Abteilung 26 vom 6.7.1962, BStU, MfS-BdL/Dok. 2176.

25 Die „operativen“ Auswerter der Abteilung 26/6 sollten mit Hilfe von Abhörmaßnahmen für die „Absicherung“ der DDR-Volkswirtschaft sorgen sowie Abzeichen von Ausreise- und Fluchtbewegung frühzeitig erkennen. In der Abteilung 26/6 arbeiteten zuletzt 28 MfS-Mitarbeiter.

26 Oberst Gerhard Böhme (MfS, Abt. 26, Leiter): Bericht über die „Ergebnisse anlässlich des Arbeitseinsatzes am 28.10.1978“, BStU, MfS Abt. 26, Nr. 622, Bl. 18-21.

eigenen Spionageabwehr in die Wege zu leiten. Die aufgefundene „Feindtechnik“²⁷ unterzogen die Techniker stets einer genauen Analyse, aus der man sich Erkenntnisse für eigene technologische Entwicklungen erhoffte. Sämtliche Aktionen liefen unter dem Terminus „Auftrag X“, auch „Konterarbeit“ genannt.²⁸ Das bedeutete, den Gegner auszuforschen und sich gleichzeitig vor der Gegenspionage zu schützen. Die Abhörabteilung war hierbei jedoch ein reines Serviceorgan. In den Büros der Auslandsvertretungen der DDR bauten die MfS-Mitarbeiter mehrstufige Selbstschutzanlagen ein. So kamen Spezialempfänger zum Einsatz, die infolge einer akustischen Rückkopplung anzeigten, ob sich ein Sender im Raum verbarg oder nicht. In den achtziger Jahren wurde im Zuständigkeitsbereich von Generalleutnant Schwanitz eine Arbeitsgruppe „Parasitäre Abstrahlung“ gebildet, die für die „Gewährleistung der Datensicherheit“²⁹ bei EDV-Anlagen zu sorgen hatte. Die hauptamtlichen Mitarbeiter mehrerer technischer Diensteinheiten sollten ihre Einsätze koordinieren und doppelte Auftrags erledigungen vermeiden. Den Abhörexperten der Abteilung 26 wurde die Untersuchung der Bürocomputer in den DDR-Auslandsvertretungen auf „parasitäre“ elektromagnetische Abstrahlungen und „Schallausbreitungseffekte“ übertragen. Da sich Schallwellen nicht nur über Nachrichtennetze, sondern auch über Rohrsysteme und Stromverbindungen ausbreiteten, tüftelten die Lauschexperten des MfS an der Entwicklung abstrahlungssicherer Fußböden und Decken, überprüften stetig die Leitungs- und Rohrsysteme in den Auslandsbüros. Außerdem testeten sie in MfS-eigenen Labors neue Wandstrukturen auf fehlerfreie Schallisolierung.³⁰

Anfang 1980 versuchte die DDR-Regierung die Abhörmaßnahmen des MfS formal auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen. Nach einer gemeinsamen Anweisung des Generalstaatsanwaltes der DDR, des Ministers des Innern und Chefs der Deutschen Volkspolizei, des Ministers für Staatssicherheit und des Leiters der Zollverwaltung der DDR sollten „bei Gefahr im Verzuge“ die Leiter der Bezirksdirektionen der Deutschen Post eine Anordnung zur Telefonüberwachung nicht vom DDR-Staatsanwalt, sondern von einem „Beauftragten“ des Staatssicherheitsdienstes entgegennehmen können.³¹ Damit war das MfS-Untersuchungsorgan (HA IX) seit März 1980 berechtigt, Abhörmaßnahmen ohne richterliche Genehmigung anzuordnen. Die rechtswidrigen Überwachungsmaßnahmen sind gleichwohl für viele Betroffene nicht nachvollziehbar. Die Bänder aus der Telefonüberwachung wurden nur für sehr kurze Zeit aufbewahrt und dann gelöscht. In der Abteilung 26 existierte danach keinerlei Nachweis über Inhalte von Telefonüberwachungen, transkribierte Mitschnitte von Abhörvorgängen sind aber in Hunderten von Akten Betroffener überliefert. Da häufiger durch die Auswerter zusammenfassende Berichte für den Minister und drei seiner Stellvertreter gefertigt worden sind, blieb eine Vielzahl dieser Zusammenfassungen mit den MfS-Überlieferungen im „Sekretariat des Ministers“ erhalten.

27 Abteilung 26: Bericht über das Auffinden von Abhörtechnik in London (1974), Rom, Teheran und New York (1979), BStU, MfS Abt. 26, Nr. 140, Bl. 1-5.

28 Abteilung 26: „Schulungsmaterial OibE“ vom Januar 1976, BStU, MfS Abt. 26, Nr. 571, Bl. 1-21.

29 OSL Gerd Kahnt (MfS, HA III): Mitteilung an Generalleutnant Schwanitz vom 6.7.1989, BStU, MfS SdM 2249, Bl. 22-27.

30 Generalmajor Olaf Leben (MfS, Abt. 26, Leiter): „Die Verantwortung und Aufgaben der Linie 26 im Rahmen der operativen Prozesse des MfS“, Redemanuskript vom August 1987, BStU, MfS Abt. 26, Nr. 603, Bl. 13-17.

31 Dr. Manfred Calov (Ministerium für Post- und Fernmeldewesen, Staatssekretär): Weisung Nr. 1/1980 vom 24.2.1980, BStU, MfS Abt. 26, Nr. 369, Bl. 80-83.

In den achtziger Jahren richteten sich die „Maßnahmen“ der Abhörabteilung vor allem auf die Überwachung der eigenen Bevölkerung. Auf Anordnung des Ministers übergab die Abteilung 26 im Jahre 1983 ihre eigene Westarbeit an die Hauptabteilung für Funkaufklärung und Funkabwehr (HA III) des MfS.³² Bisher war die Abteilung 26 für die Überwachung des nationalen und grenzüberschreitenden Telefonverkehrs zuständig gewesen. Nun existierten getrennte MfS-Abteilungen für die Abhörarbeit in der Bundesrepublik und in der DDR. Telefonüberwachungen von Dissidenten und Bürgerrechtlern sowie von bekannten Schriftstellern und Künstlern erfolgten auf ministerielle Anordnung. Nur ein engbegrenzter Personenkreis hatte direkte Kenntnis von den gewonnenen Informationen. So waren aufgrund direkter Befehle Erich Mielkes beispielsweise der oppositionelle Schriftsteller Jürgen Fuchs und der Dissident Robert Havemann in der DDR überwacht worden. Ferner richtete sich die Lauscharbeit der Abteilung 26 gegen Bischöfe, Pastoren und leitende kirchliche Mitarbeiter sowie die evangelische Kirche, unter deren Dach die Opposition agierte, und gegen zahlreiche Bürger der DDR, die „aktives widerständiges Verhalten“ zeigten.³³ Aber auch gegen seine eigenen Leute führte das MfS Abhörmaßnahmen durch. So wurden 1967 Telefongespräche zwischen Generalleutnant Markus Wolf und Richard Stahlmann, einem im Ruhestand lebenden Mitbegründer der HV A abgehört.³⁴

Um von Fluchtplänen, Versorgungsproblemen und Stimmungen im SED-Staat zu erfahren, bediente sich die Abteilung 26 neben der Telefonüberwachung verschiedener Geräte zur mobilen Arbeit. Zu exakt festgelegten Zeiten sollten Abhörwanzen bereit sein. Der Begriff Abhörwanze steht als Synonym für eine ganze Palette akustischer Abhörgeräte. In Räumen, die vom MfS ständig überwacht wurden, wie Hotelzimmer, konspirative Wohnungen oder Verhörräume in Untersuchungs-Haftanstalten, waren die sehr kleinen Abhörmikrofone zumeist fest installiert und über versteckte Leitungen mit einem Tonbandgerät in einem gesonderten Raum verbunden. Die Geräte waren dabei so eingestellt, daß sie nur aufzeichneten, wenn gesprochen wurde. Bestand keine Möglichkeit zur festen Installation von Leitungen, wie häufig bei der Überwachung von Privatwohnungen und ausländischen Geschäftsräumen, wurden kleine Sender verwendet, die die Gespräche zu einem Empfangsgerät in unmittelbarer Nähe übertrugen. Die Sender bezogen die benötigte Energie nach Möglichkeit aus dem Strom- oder Telefonanschluß der abgehörten Räume; war das nicht möglich, wurden Batterien verwendet. An das Empfangsgerät, das sich zum Beispiel in einer (konspirativen) Nachbarwohnung oder einem Pkw befand, war dann die entsprechende Aufzeichnungstechnik angeschlossen. Mikrofone wurden aber auch aus der Nachbarwohnung durch kleine Bohrungen in der Wand installiert. Mit Richtmikrofonen konnten Gespräche bei geöffneten Fenstern oder im Freien überwacht werden. Mit speziellen Geräten wurden, über die Vibration von Fensterglas, auch Räume abgehört, zu denen sonst kein Zugang möglich war.

32 Armeegeneral Erich Mielke: MfS-Befehl Nr. 1/83 „Die Bildung der Hauptabteilung III“ vom 5.1.1983, BStU, MfS-BdL/Dok. 7694.

33 Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989. Bonn 1997.

34 Abteilung XXI: Bericht „Wesentliches Auswertungsergebnis der Maßnahme A beim Genossen Stahlmann während der Zeit von Anfang November 1967 bis einschließlich 10.2.1968“ vom 15.2.1968, BStU, MfS SdM 1423, Bl. 56-58.

Stimmendatenbank

Mitte der achtziger Jahre hatte die Abteilung 26 ganze Berge von Abhörbändern zusammengetragen. An die Stelle der manuellen Steuerung durch die MfS-Mitarbeiter war längst ein vollautomatisches Pult mit bis zu sechs Speichervorgängen getreten. Die Aufbereitung des gespeicherten Materials ergab eine Fülle von Details: Gesprächsbeginn und Gesprächsende wurden mit Datum und Uhrzeit registriert, und auch wenn kein Gespräch zustande kam, speicherten die Geräte die Rufnummer; wurde eine telefonische Verbindung hergestellt, erfolgte eine Speicherung des Namens und der vollständigen Anschrift des Teilnehmers. Sämtliche Teilnehmer wurden nach der Rufnummer geordnet in einer Arbeitskartei abgelegt und zur Erfassung an die Abteilung 26/9 weitergeleitet. Die dortigen MfS-Mitarbeiter verwalteten einen Datenspeicher zu Personen und Sachverhalten und führten eine „Stimmbank“. In dieser Datenbank sammelte man eine Vielzahl von Tonkonserven mit „operativ interessierenden Stimmen“, die wie die vom MfS gelagerten Geruchsproben zur Identifizierung verdächtiger Personen dienen sollten.³⁵ „Stimmen und Sprachen“ sollten von den Mitarbeitern nach konkreten „Merkmale“ erfaßt werden.³⁶ Dazu zählten der Dialekt, der Klang einer Stimme und deren Aussagekraft, um bei späteren Recherchen etwa auf den Bildungsstand oder das Alter einer Person schließen zu können. In der Datenbank wurden Stimmen von Personen erfaßt, „die im Zusammenhang mit der rechtswidrigen Antragstellung auf Übersiedlung, Rückverbindungen, einer motivbildenden und entscheidungsfördernden Beeinflussung der DDR-Bürger zur Übersiedlung, Informationsübermittlungen jegliche Art“ aufgefallen waren.³⁷ Zuletzt verfügte das MfS in seiner Vergleichsdatenbank über rund zweitausend Stimmen von oppositionellen Personen. Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Abteilung 26/9 sollten deren Stimmproben in einem „systematisch geordneten Speicher“ als „inoffizielle Beweismittel“ für einen „längeren Zeitraum“ bereit stellen.³⁸ Eine Vielzahl dieser Stimmproben ist im Archiv der BIRTHLER-Behörde überliefert.

„Auftrag S“

Neben der Sammlung von Stimmproben reagierte die Abteilung 26 mit weiteren Maßnahmen auf das Anwachsen der Oppositionsbewegung in der DDR.³⁹ Dazu gehörte

35 Abteilung 26: Forschungsarbeit zum Thema „Stellung und Aufgaben der Stimmbank im Prozeß der Auswert- und Informationstätigkeit der Abteilung 26“ von 1987, BStU, MfS Abt. 26, Nr. 564, Bl. 1-66.

36 OSL Roitzsch (HVA) und Hauptmann Lips (ZMD): „Die wissenschaftliche Bewertung des psycho-physiologischen Verfahrens der Stimmanalyse, seine Einsatzmöglichkeiten und -grundsätze in der politisch-operativen Aufklärungsarbeit des MfS“, Forschungsarbeit an der JHS von 1979, BStU, MfS JHS 21890.

37 Ingo Schroeder (Abteilung 26): „Einige Aspekte der effektiven Informationser- und -verarbeitung im Prozeß der operativen Auswertung von Aufgabenkomplexen und Möglichkeiten ihrer qualitativen Beeinflussung“, Fachschulabschlußarbeit vom März 1981, BStU, MfS Abt. 26, Nr. 585, Bl. 1-55.

38 Generalmajor Olaf Leben (MfS, Abt. 26, Leiter): „Die Verantwortung und Aufgaben der Linie 26 im Rahmen der operativen Prozesse des MfS“, Redemanuskript vom August 1987, BStU, MfS Abt. 26, Nr. 603, Bl. 21-23.

39 Armeegeneral Erich Mielke: MfS-Dienstanweisung Nr. 2/85 „zur vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit“ vom 20.2.1985, BStU, MfS-BdL/Dok. 5083.

auch der Einsatz von radioaktiven und chemischen „Markierungsmitteln“,⁴⁰ der unter dem Terminus „Auftrag S“ firmierte und zu dem Arsenal der lautlosen Repressionen gehörte.⁴¹ Unter Markierungsmitteln verstand das MfS relativ seltene und gering verbreitete Substanzen in fester und flüssiger Form, die durch menschliche Sinnesorgane nicht festgestellt werden können. Um nicht sicht- und spürbare Markierungen anzubringen, wurden verschiedene chemische, physikalische und radioaktive Substanzen verwendet.⁴² Die federführende Abteilung 26/4 unter Leitung von Oberstleutnant Rudi Sillmann,⁴³ verfügte über ein eigenes Labor, in dem geeignete Chemikalien unter kontrollierten Bedingungen erprobt und bereitgestellt wurden. Einige dort entwickelte gefährliche Substanzen wurden offenbar auch gegen Bürgerrechtler eingesetzt.⁴⁴ Zusammen mit dem Operativ-technischen Sektor experimentierten „Mitarbeiter im spezifisch-operativen Dienst“, die keine ausgebildeten Laboranten waren, mit verschiedensten Markierungsmitteln und Verfahren. Allein bis 1976 hatte die Abteilung 26 nahezu vierzig Methoden chemischer Markierungen erprobt, mit deren Hilfe man „Beziehungen zwischen Personen, Objekten und staatsfeindlichen Handlungen“⁴⁵ feststellen wollte. Verwendet wurde beispielsweise Oxin, ein Mittel, das „auswertbare Fingerspuren“ lieferte, um etwa eine unbefugte Nutzung von Objekten nachzuweisen.⁴⁶ Auch zum Nachweis des unbefugten Öffnens von „Briefen oder anderen Postsendungen“⁴⁷ kamen chemische Markierungsmittel zur Anwendung. Schreibpapier und Farben wurden präpariert, um Urheber „feindlicher“ Schriften und Flugblätter aufzudecken;⁴⁸ markierte Banknoten sollten Gelddiebe schneller überführen;⁴⁹ Fußböden in privaten oder dienstlichen Räumen wurden präpariert, um anhand gesicherter Fußspuren etwa die Teilnehmer an Treffen von Oppositionellen feststellen zu können.⁵⁰ All diese „Maßnahmen“, die neben der Telefonüberwachung gezielt auf eine Person oder eine Gruppe ausgerichtet waren, verstand der Staatssicherheitsdienst als Teil seiner „konspirativen Ermittlungen“, die sowohl in Ermittlungsverfahren als auch zur „vorbeugenden Verhinderung“ DDR-feindlicher Handlungen zum Einsatz kamen.

Die zunehmende Auslandsverschuldung der DDR in den achtziger Jahren ließ die Hoffnungen der Abteilung 26 auf Zuteilung zusätzlicher finanzieller Mittel zum Import westlicher Hochtechnologien zerplatzen. Jahrelang ließ sich die Abteilung 26 vor-

40 Vgl. dazu Eisenfeld, Bernd u.a.: „Einsatz von Röntgenstrahlen und radioaktiven Stoffen durch das MfS gegen Oppositionelle – Fiktion oder Realität?“ Hrsg. von der BStU, Berlin 2002.

41 Fuchs, Jürgen: Unter Nutzung der Angst. Die „leise“ Form des Terrors. Zersetzungsmaßnahmen des MfS. BStU, Berlin 1997.

42 Vgl. OSL Dieter Ganschow (MfS-Hochschule, Sektion politisch-operative Spezialdisziplin): Studienmaterial zum Thema „Die Anwendung von Markierungsmitteln zur Lösung spezifischer Aufgaben in der politisch-operativen Praxis“ des MfS vom Oktober 1984, BStU, MfS JHS St 704.

43 OSL Rudi Sillmann, Jahrgang 1932, von Beruf Büchsenmacher, 1952-1989 MfS, ab 1977 Leiter der Abteilung 26/4, Kaderakte unter: BStU, MfS KS 12386/90.

44 Vgl. hierzu Rietzschel, Thomas: Der Verdacht. Wurde Jürgen Fuchs bei Stasi-Verhören radioaktiv bestrahlt? In: FAZ v. 27.5.1999, S. 49.

45 Abteilung 26/4: „Das Wesen und die Aufgaben der Markierung“, Materialsammlung aus dem Jahre 1968-1974, BStU, MfS Abt. 26, Nr. 557, Bl. 1-143.

46 Arbeitsanleitung 46403-070 zur Markierungssubstanz Oxin (Magnesium-8-Oxychinolin), ebd., Bl. 2 f.

47 Arbeitsanleitung 46403-090 zum Markierungsmittel „Lumogen UV gelborange“, ebd., Bl. 4-6.

48 Verfahren 473 zum Markieren von Schreibmaschinenfarbbändern, ebd., Bl. 130-133.

49 Arbeitsanleitung 46403-110 zur Markierungssubstanz Nickelacetat, ebd., Bl. 18-20.

50 Arbeitsanleitung 414 zur Fußbodenmarkierung vom 18.3.1967, ebd., Bl. 21.

zugsweise mit modernen Tonbandgeräten⁵¹ und Kassettenrecordern⁵² aus westlicher Produktion beliefern. Doch die Valutamittel wurden knapp, und die hauptamtlichen Mitarbeiter mußten auf vorhandene Ressourcen zurückgreifen. Abermals versuchte die Abteilung 26 technische Engpässe durch interne MfS-Kooperationen zu überwinden. Im Mai 1984 stimmte die Diensteinheit einem „Plan Wissenschaft und Technik“ zu.⁵³ Darin sicherte der Operativ-technische Sektor der kleineren Abteilung 26 Hilfe beim Erproben und Testen von unterschiedlichen Gerätetypen zu. Gearbeitet wurde an neuen Abhörverfahren. Bis die ersten computergestützten Abhörplätze entstanden, dauerte es allerdings Jahre. Neben eigenem Potential nutzte die Abteilung 26 auch die offiziellen Beziehungen des MfS zu universitären Forschungseinrichtungen,⁵⁴ zum Ministerium für Post- und Fernmeldewesen⁵⁵ und zu den Entwicklungsabteilungen einer Zahl von DDR-Betrieben und Kombinat. Ohne sie wäre es vermutlich zum Einsatz der letzten Gerätegeneration nicht gekommen. 1986 gelang die Ablösung der verschiedenen, bis dahin zur Telefon- und Raumüberwachung eingesetzten Geräte durch ein einheitliches Abhörsystem. Dieses CEKO-System kam DDR-weit in großen Stückzahlen zur Anwendung. Unter den CEKO-Anlagen verstand der Staatssicherheitsdienst ein „centrales Kontrollsystem“ zwischen der Abteilung 26 und den Abhörabteilungen in den Bezirksverwaltungen für alle „linienspezifischen Aufgaben“.⁵⁶ Die CEKO-Anlagen waren so ausgelegt, daß bis zu fünf Teilnehmer gleichzeitig abgehört und ihre Gespräche durch Kassettenrekorder aufgezeichnet werden konnten. Die Geräte verfügten über Kassettenmagazine und eine Rufnummernidentifizierung. Sie konnten bis zu 120 Minuten automatisch am Stück aufzeichnen. Ende der achtziger Jahre konnten allein in Ost-Berlin annähernd 20 000 Abhörvorgänge gleichzeitig geschaltet werden.

Unterstützung fand die Abteilung 26 dabei beim VEB Rundfunk- und Fernsehtechnik/Funk- und Fernmeldeanlagenbau Berlin, der neben der Montage von Vermittlungs- und Übertragungstechnik im MfS-eigenen Leitungsnetz etwa die Stromlieferung und die Errichtung einer Funksende- und Empfangsanlage übernahm.⁵⁷ Das Volkseigene Kombinat Robotron Dresden lieferte diverse Geräte und Ersatzteile. Außenstellen von Robotron, etwa Robotron-Elektronik Zella-Mehlis, übernahmen außerdem den Kundendienst für ganze Geräteserien und verhandelten jeweils über Kosten und Termine

51 Vgl. Bedienungsanleitung zum Tonbandgerät „NAGRA SN“ von der Firma NAGRA in Lausanne/Schweiz, BStU, MfS Abt. 26, Nr. 605.

52 Vgl. Bedienungsanleitung zum Kassettengerät „UHER CR 240 DOLBY NR“ von der Firma UHER in München, ebd.

53 Oberst Olaf Leben (MfS, Abt. 26, Leiter): Ordnung 26/1/84 über die Zusammenarbeit der Abteilung 26 mit dem (Operativ Technischen Sektor) OTS und „Plan Wissenschaft und Technik der Abteilung 26“ vom 8.5.1984, BStU, MfS Abt. 26, Nr. 623, Bl. 1-7.

54 Prof. Gräbner (Hochschule für Verkehrswesen „Friedrich List“ Dresden, Rektor): Vereinbarung mit Armeegeneral Erich Mielke über die „Bildung eines Telekommunikationszentrums“ vom 13.6.1989, BStU, MfS SdM 2054, Bl. 140-147.

55 Generalleutnant Wolfgang Schwanitz (MfS, stellv. Minister), Dr. Manfred Calov (Ministerium für Post- und Fernmeldewesen, Staatssekretär): Vereinbarung über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen dem MfS und dem Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der DDR vom 1.9.1988, ebd., Bl. 168-172.

56 Generalleutnant Olaf Leben (MfS, Abt. 26, Leiter): Ordnung Nr. 26/1/88 für den Betrieb von „CEKO-Anlagen“ vom 21.1.1988, BStU, MfS Abt. 26, Nr. 616, Bl. 1-5.

57 M. Neumann (RFT, Projektleiter): Vereinbarung zwischen dem als Auftraggeber von RFT operierenden VEB Spezialhochbau Berlin und dem MfS vom 7.11.1986; BStU, MfS Abt. Nachrichten, Nr. 373, Bl. 1-27.

mit den MfS-Beschaffern.⁵⁸ Das Institut für Regelungstechnik des VEB Elektro-Apparate-Werke in Berlin-Treptow versorgte die Abteilung 26 mit Strommeßgeräten und Leiterplatten für die hausinterne „Entwicklung, Musterbau und Projektierung“.⁵⁹

Im Jahre 1988 war die Ausrüstung der DDR-Bezirksstädte mit CEKO-Anlagen abgeschlossen. Laut einer Statistik vom 30. September 1989 meldeten die Lauscher von der Bezirksverwaltung Leipzig für die ersten neun Monate des Jahres 1989 genau 248 325 abgehörte Telefongespräche – im gesamten Jahr 1985 waren es noch 177 702 gewesen. Bis Ende September hatten die MfS-Mitarbeiter zudem 14 945 transkribierte Mitschriften abgehörter Telefongespräche (Auftrag A) und 362 zusammenfassende Informationsberichte aus akustischen Abhörmaßnahmen (Auftrag B) erstellt. In 137 operativen Einsätzen installierten Mitarbeiter der Leipziger Abteilung 26 verschiedene Abhörtechniken (Geheimkameras, Video, Fototechniken) in Privatwohnungen und Geschäftsräumen und präparierten 88 Hotelzimmer. Insgesamt 1 076 „Maßnahmen“ wurden mit Hilfe von Inoffiziellen Mitarbeitern realisiert. Die MfS-Mitarbeiter der Abteilung 26 der Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt lagen an der Spitze der Statistik vor den Leipzigern. Im gleichen Berichtszeitraum zapften die dortigen Lauscher 444 000 Telefongespräche an, erstellten 10 266 transkribierte Mitschriften abgehörter Telefongespräche sowie 1 599 zusammenfassende Informationsberichte und meldeten 246 präparierte Hotelzimmer. Am Ende der Statistik rangierte die Rostocker Abteilung 26 mit 6 030 angezapften Telefonaten und 23 präparierten Hotelzimmern.⁶⁰ Die Versorgung der regionalen Kreisdienststellen mit CEKO-Anlagen konnte vor dem Mauerfall nicht mehr zu Ende gebracht werden. Es fehlte in der Endzeit der DDR auch beim MfS an den technischen und logistischen Voraussetzungen, wie sie damals durch die digitale Nachrichtentechnik international weit verbreitet waren. Eine Arbeitsgruppe „Abhör-geschütztes Telefon“⁶¹ stellte nach einem Jahr ihre ergebnislosen Versuche mit der lapidaren Begründung ein: „In Auswertung der vorliegenden Erkenntnisse und Informationen wird gegenwärtig von der Entwicklung und dem Einsatz eines abhör-geschützten Telefons Abstand genommen.“⁶²

Der Wettbewerb mit dem Westen blieb freilich hehres Planziel, das sich in immer neuen „großen“ Plänen niederschlug und mit umfangreichen Vorhaben zur „Strategie operative Technik bis zum Jahr 2000“,⁶³ auch „Strategie 2000“ genannt, zusammengeführt wurde. Die „Strategie 2000“ hing jedoch außerhalb jeglicher DDR-Realität gleichsam im luftleeren Raum. Während die Bundesrepublik Ende der achtziger Jahre eine weit-

58 Triebel (VEB Robotron, Direktor für Absatz und Außenwirtschaft), Goth (MfS): Kundendienstvereinbarung zwischen VEB Robotron-Elektronik Zella-Mehlis und dem MfS vom 19.1.1978, BStU, MfS Abt. 26, Nr. 93, Bl. 30-34.

59 Hengst (MfS), Krause (Institut für Regelungstechnik, HA-Leiter Planökonomie): Vertrag über wissenschaftlich-technische Leistungen zwischen dem Institut für Regelungstechnik im Kombinat VEB Elektro-Apparate-Werke Berlin und dem MfS vom 27.5.1975, BStU, MfS Abt. 26, Nr. 326, Bl. 2 f.

60 Vgl. Statistische Informationen der Abteilungen 26 der Bezirksverwaltungen Schwerin, Dresden, Cottbus, Karl-Marx-Stadt, Suhl, Neubrandenburg, Leipzig, Potsdam, Rostock und Gera vom 30.9.1989, BStU, MfS Abt. 26, Nr. 579, Bl. 9-38.

61 Generalmajor Günter Schmidt (MfS, OTS, Leiter): Information zur Arbeit der Arbeitsgruppe „Abhör-geschütztes Telefon“ vom 6.5.1987, BStU, MfS SdM 2054, Bl. 64-70.

62 Major Prenzlau (MfS, stellv. AG-Leiter): Protokoll der Beratung der AG „Abhör-geschütztes Telefon“ vom 16.2.1988, BStU, MfS Abt. 26, Nr. 618, Bl. 1 f.

63 Abteilung 26/3: „Strategie operative Technik bis zum Jahr 2000“ vom 25.4.1988, BStU, MfS Abt. 26, Nr. 93, Bl. 37-46.

gehend flächendeckende private Telefonkommunikation erreicht hatte, türmten sich bei der Deutschen Post der DDR 1,3 Millionen Anträge mit Wartezeiten von zehn Jahren und mehr. Eine Ausnahme bildeten das MfS, die NVA, das ZK der SED sowie die DDR-Ministerien, die mit einer ausreichenden Zahl von modernen Sonderkabelnetzen versorgt waren. Während in der Bundesrepublik bereits digitale Vermittlungs- und Übertragungstechnik auf Glasfaserbasis zum Einsatz kam, verwendete die Deutsche Post der DDR bis zum Mauerfall Technik, die zum Teil noch aus den Jahren 1922 bis 1926 stammte: mechanisch gesteuerte Vermittlungssysteme, analoge Übertragungsstrecken und Kupferkabel.⁶⁴ Telefax-Verkehr war nur eingeschränkt möglich, und andere Telekommunikationsdienste außer Telefon und Telex wurden faktisch nicht angeboten. Trotz erheblicher Sondermittel war der Staatssicherheitsdienst auf den elektronischen Technologiesprung, der seit Mitte der achtziger Jahre im westlichen Ausland konkrete Gestalt annahm, nicht vorbereitet. „Horch und Guck“ klagte angesichts dieser Entwicklung in internen Expertisen gerade wortreich über seine drohende Schwerhörigkeit, als die DDR ihren Geist aufgab.

64 Vgl. Gäbler, Wolfgang: Die Ortsnetz-Vereinigung. In: Post- und Telekommunikationsgeschichte H. 1/1996. Hrsg. Deutsche Gesellschaft für Post- und Telekommunikation e.V., Frankfurt a.M. 1996, S. 29-33.